



<http://www.kpoe-steiermark.at>

Lagergasse 98a

8020 Graz

Tel. 0316 / 71 24 36

E-Mail: [landesvorstand@kpoe-steiermark.at](mailto:landesvorstand@kpoe-steiermark.at)



Graz, 10.11. 2009

Liebe Genossinnen!  
Liebe Genossen!

Anbei findet Ihr das Wahlkampfmanifest für die Landtagswahlen 2010, welches bei der Landeskonzferenz am Samstag, 14.11.2009, zur Diskussion steht.  
Eventuelle Anträge dazu müssen bis Freitag, 13.11.2009 um spätestens 12 Uhr bei Manfred Eber in der Bezirksleitung eingelangt sein, damit sie für die Sitzung vorbereitet werden können.

Es tut uns leid, dass wir mit der Aussendung ein wenig spät dran sind, das hat sich leider durch Krankheit einer Mitarbeiterin im Landtagsklub so ergeben.

Wir bitten um Euer Verständnis und freuen uns auf eine gute Konferenz!

Mit solidarischen Grüßen

Claudia Klimt-Weithaler  
Philipp Funovits  
Renate Pacher  
Leo Kühberger

P.S. Wer eine Kinderbetreuung braucht, möge dies bitte Claudia unter 0650/97 06 051 bekannt geben. Danke!

# Das Manifest der KPÖ-Steiermark für die Landtagswahl 2010



## Wichtiger denn je - KPÖ!

**B**is zum Herbst des Jahres 2008 war die Botschaft der Reichen und Mächtigen und ihrer so genannten ExpertInnen glasklar: Der Staat hat ausgedient. Die ÖBB wurden in konkurrierende Teilgesellschaften zerlegt, die Post teilweise an der Börse verkauft, der Energiemarkt liberalisiert, die Universitäten ausgegliedert, die Bundeswohnungen verkauft. Die Bevölkerung wurde in die aktienfinanzierte Privatpension gedrängt. Diese Liste ließe sich endlos fortsetzen. Immer war das Argument, dass profitorientierte private Anbieter es besser könnten als der der schwerfällige öffentliche Sektor.

EU-Richtlinien zur Deregulierung und Liberalisierung von Kernbereichen der Daseinsvorsorge und der Maastricht Vertrag haben diese Politik vorangetrieben einer immer skeptischeren Bevölkerung aufgezwungen.

Die Folge dieser Politik: Die Schließung von Postämtern, dutzende davon in der Steiermark, obwohl die Post Jahr für Jahr satte Gewinne im dreistelligen Millionenbereich einfährt. Bei den ÖBB sind Preissteigerungen und die Einstellungen von Zugverbindungen an der Tagesordnung, während das Management hunderte Millionen bei obskuren Finanzgeschäften verspielt. Die bis vor kurzem viel gepriesenen Firmenpensionen und privaten Vorsorgeprodukte fahren herbe Verluste ein, Hunderttausenden wird die Pension gekürzt. An den Universitäten verschwenden Studierende wertvolle Lebenszeit, während sie auf Lehrveranstaltungsplätze und Prüfungstermine warten müssen.

In der Steiermark wurde beispielsweise der Energieversorger des Landes, die Energie Steiermark (ES-tAG) zum Teil an einen französischen Atomstromkonzern verkauft. Die Wohnbaurdarlehen wurden 2007 zur Budgetsanierung veräußert. Zwei Jahre später wurden, um das Landesbudget zu schönen, die steirischen Landesspitäler an eine Tochtergesellschaft der KAGES veräußert, und damit der demokratischen Kontrolle des Landtages entzogen. Die Landeshauptstadt Graz setzt diesen Irrweg mit der Ausgliederung großer Teile der städtischen Verwaltung fort, was mittelfristig ebenfalls zu deren Verkauf führen wird. Die sichtbarste Folge dieser Politik sind weit überhöhte Gas- und Strompreise in der Steiermark und der Versuch, die Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen zurückzufahren, was im Falle der Landeskrankenhäuser in Mürzzuschlag und Bad Aussee nur unter größten Schwierigkeiten verhindert werden konnte.

Nach dem Kollaps der Spekulationsblase im Herbst 2008 und dem darauf folgenden Untergang der großen amerikanischen Investmentbanken änderte sich Einstellung der Privatisierungseinpeitscher drastisch: Der Staat sollte doch mit Steuergeldern den gescheiterten Spekulanten aus der Patsche helfen. In Österreich wurde dafür innerhalb kürzester Frist die unfassbare Summe von 100 Milliarden Euro bereitgestellt.

Dieser Coup war in Wirklichkeit nur die folgerichtige Fortsetzung des Raubzuges, der in den vergangenen

Jahren vor aller Augen stattgefunden hat. Große Konzerne und einige begüterte private Investoren profitieren von der Privatisierung öffentlicher Güter und der Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen, die Zeche für die verheerenden Folgen muss die Allgemeinheit zahlen. Den leeren öffentlichen Kassen und den sinkenden Reallöhnen standen und stehen gewaltige Profite bei den Großkonzernen und die sogar in der Krise wachsenden Vermögen der Superreichen gegenüber. Von den Profiteuren einen adäquaten Beitrag zur für die Gesellschaft zu verlangen war jahrelang ein Tabu. Die Konzerne versteckten sich dabei hinter kleinen und mittelständischen Unternehmern, Großgrundbesitzer hinter kleinen Häuslbauern, und Agrarkonzerne hinter Bergbauern. Mit dieser Taktik haben sie erfolgreich die Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer verhindert. Die KPÖ ist in Österreich die einzige politische Kraft die grundsätzliche Kritik an diesem System äußert.

## Das politische Umfeld in der Steiermark und in Österreich

Alle im Parlament vertretenen Parteien haben diese Entwicklungen in unterschiedlichem Ausmaß vorangetrieben.

Jahrelang haben die Menschen sich das gefallen lassen. Viele kritische Menschen haben resigniert und sind zu NichtwählerInnen geworden, weil stets gegen die Bevölkerung regiert wurde, gleichgültig wer die Wahlen gewonnen hat. Schwarz-grüne Regierungen in Oberösterreich und in der Stadt Graz haben beispielsweise dieselbe neoliberale Ausgliederungspolitik betrieben, für die große Koalitionen oder Schwarz-Blau zuvor kritisiert worden sind. Die SPÖ wird in Scharen von ihren WählerInnen im Stich gelassen, weil diese erkennen, dass der sozialen Rhetorik ein ums andere Mal prompt die Zustimmung zu „Reformen“ folgt, mit denen beinahe ausschließlich Verschlechterungen gemeint sind. Die Sozialdemokratie hat bereits vor Jahren ihren moralischen Bankrott erklärt, und ihre VertreterInnen den Kontakt

zur normalen Bevölkerung vollkommen verloren. Um den Mächtigen einen Denkkzettel mitzugeben, haben sich daher viele entschieden, rechten Populisten die Stimme zu geben. Aber diese destruktiven Kräfte haben keine Lösungen anzubieten, hetzen die Menschen gegeneinander auf und verstellen damit den Blick auf die wahren Verantwortlichen für die Missstände in unserer Gesellschaft.

Zumindest in der Steiermark gibt es eine glaubhafte Alternative. Die KPÖ ist keine Partei wie die anderen. Sie beugt sich nicht den Interessen der Reichen und Mächtigen und verweigert sich faulen Kompromissen. Statt gezuckerter Reklame setzt die KPÖ seit Jahrzehnten auf Ehrlichkeit und Transparenz.

Die KPÖ-Steiermark hat sich zum Ziel gesetzt, zum Aufbau einer Gesellschaft beizutragen, in der die Chancen der Menschen (die Möglichkeiten, die

den Menschen offenstehen) und der gesellschaftliche Reichtum gerecht verteilt sind. Der Weg dorthin ist sehr weit, aber wie ein altes Sprichwort besagt: Auch die längste Reise beginnt mit dem ersten Schritt. Für die KPÖ bedeutet dies die geduldige und hartnäckige Verfolgung ihrer Konzepte vor allem im sozialpolitischen Bereich. Viel Überzeugungsarbeit und der Aufbau von politischem Druck gemeinsam mit den betroffenen Bevölkerungsgruppen ist dazu notwendig.

Die Voraussetzungen dafür waren selten so günstig: Die Menschen wollen die Lügen, die man ihnen lange Zeit erzählt hat, nicht mehr glauben, und die Taktik, verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen, stößt auf immer mehr Widerstand. Es ist offensichtlich geworden, dass der Turbokapitalismus, den man vor kurzem noch kaum kritisieren durfte, nur verbrannte Erde hinterlassen hat. Es muss Alternativen zu den neoliberalen Konzepten geben.

## Die KPÖ – das soziale Gewissen im Steiermärkischen Landtag

2005 ist die KPÖ mit 4 Mandaten in den Steiermärkischen Landtag eingezogen. Wir haben das gehalten, was wir vor der Wahl versprochen haben: Wir haben jenen Menschen eine Stimme gegeben, die sonst nicht gehört werden und haben unsere damaliges „8-Punkte-Programm“ Schritt für Schritt umgesetzt. Dabei können wir auf große Erfolge für viele Steirerinnen und Steirer verweisen. Soziale Verantwortung ist für uns kein Schlagwort, das haben wir mit unseren Initiativen (insgesamt 293) unter Beweis gestellt.

Dazu einige Beispiele:

### Abschaffung der Rückersatzpflicht bei der Sozialhilfe

Am 16.9.2008 wurde der so genannte Regress, also die Rückersatzpflicht bei der Sozialhilfe, abgeschafft. In Not geratene Menschen müssen nicht mehr fürchten, dass die ihnen gewährten Sozialleistungen später aus dem Einkommen ihrer nächsten Verwandten eingetrieben wird. Nur durch den anhaltenden Druck der KPÖ ist es gelungen, dass sich auch SPÖ und ÖVP dazu durchringen konnten. Mit viel Hartnäckigkeit ist es auch gelungen, die Fristen für die Entscheidung über Anträge auf Sozialhilfe auf drei Monate zu verkürzen. Menschen in akuter Not müssen nun nicht mehr ein halbes Jahr auf die Gewährung von Hilfeleistungen warten.

### Wohnbeihilfe neu

Die neue Wohnbeihilfe hat zwar zur Verbesserung für die BezieherInnen geführt, katastrophal waren jedoch die monatelangen Wartezeiten auf die Auszahlung der Unterstützung. Die KPÖ-Forderung nach einer Verkürzung der Wartezeiten führte zu einer langsamen Besserung der Praxis. Der Antrag der KPÖ die Wohnbeihilfe laufen zu valorisieren wurde von ÖVP und SPÖ abgelehnt.

### Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen – Gratiskindergarten

Bereits im Dezember 2005 haben wir uns dafür eingesetzt, dass es in der Steiermark zu einem flächendeckenden Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen kommt. Wir haben auch im-

mer wieder betriebliche Einrichtungen gefordert und zumindest erreicht, dass es nun ein Anreizsystem für Betriebe und Unternehmen gibt, damit vermehrt Tagesmütter/-väter für die Betreuung der Kindern der Beschäftigten angestellt werden. Mit uns konnte der Gratiskindergarten umgesetzt werden, und hätte die SPÖ gewollt (und nicht lieber mit der ÖVP den großen Kompromiss gesucht), dann wären bereits jetzt auch schon die Plätze für die unter dreijährigen Kinder gratis.

### **Erhalt der Chirurgen in Bad Aussee und Mürzzuschlag**

Ohne die KPÖ wären sowohl die Chirurgie in Bad Aussee als auch jene in Mürzzuschlag dem Sparstift der Regierung zum Opfer gefallen. Wir haben die Initiativen für den Erhalt der Krankenhäuser unterstützt, und die Landtagsmehrheit auf unsere Seite gebracht. Dieses Beispiel zeigt, dass Widerstand vor Ort sich lohnen kann!

### **Novellierung des Glücksspielgesetzes**

Mit unserer Kampagne gegen die Spielsucht haben wir thematisiert, dass die Spielsucht das Leben tausender Menschen in der Steiermark ruiniert hat. Unsere Beharrlichkeit hat dazu geführt, dass nun eine Novellierung der Landesgesetze vorbereitet wird.

### **Helfen statt reden**

Die Kontinuität unserer Arbeit zeigt sich nicht nur bei den Landtagssitzungen. Wir haben in unserem Büro im Landhaus eine Sozialarbeiterin angestellt und halten regelmäßige Sozialsprechstunden in mehreren Bezirken

ab. So können wir bei den unterschiedlichsten Problemen helfen. Einerseits mit unserem Sozialfonds (unsere Abgeordneten spenden alle einen Teil ihres Gehaltes, damit wir Menschen, die in Notsituationen sind, schnell und unbürokratisch auch finanziell unterstützen können) andererseits mit Beratung und Informationen. Wir sind vor Ort bei den Menschen, damit wir wissen, wo sie der Schuh drückt. Mit unserer Zeitung, der Steirischen Volksstimme, informieren wir die steirische Bevölkerung über Themen, über die andere Medien nicht berichten wollen oder dürfen.

### **Das soziale Gewissen**

Nicht alles, was wir gefordert haben, konnte durchgesetzt werden. SPÖ und ÖVP haben oft andere Interessen und bedienen am liebsten ihr eigenes Klientel. Die letzten 5 Jahre haben aber gezeigt, dass die Konsequenz und die Hartnäckigkeit der KPÖ immer wieder zu Erfolgen für die Menschen geführt haben. Deshalb braucht es weiterhin die KPÖ im Steiermärkischen Landtag – damit das soziale Gewissen bleibt! Wer glaubt, dass man gegen die herrschenden Parteien nichts ausrichten kann und deshalb nicht zur Wahl geht, irrt. Wenn die Unzufriedenen nicht wählen, werden die Mächtigen nur stärker, denn die niedrige Wahlbeteiligung ist am Tag nach der Wahl vergessen. Sie hat nur bewirkt, dass weniger Stimmen für ein Mandat gebraucht wurden. Die NichtwählerInnen wären die stärkste Partei im Lande, sie bewirken aber überhaupt nichts.

### **Sozialfond**

**Die KPÖ-Steiermark zeigt, dass es anders geht: „Helfen statt reden“ sind für uns nicht leere Worte, sondern gelebte Solidarität.**

Den KPÖ Sozialfond gibt es, seit Stadtrat Ernest Kaltenegger 1998 begonnen hat, durch den Verzicht auf 60 Prozent seines Politikereinkommens in Not geratene Menschen zu unterstützen. Mittlerweile gilt für KPÖ-PolitikerInnen eine Einkommensobergrenze von 2000,-- Euro, und jedes Jahr legen die Mandatarinnen und Mandatare der KPÖ am Tag der offenen Konten offen, wie sie ihre Bezüge verwendet haben. Allein 2008 wurden von den Landtagsabgeordneten der KPÖ und der der Grazer Stadträtin Elke Kahr insgesamt 141.675,41 Euro zur Unterstützung von in Not geratenen Menschen zur Verfügung gestellt. Seit 1998 wurden beinahe 7000 Personen mit einer Gesamtsumme von über 801.287,23 Euro unterstützt. Neben Unterstützung für den Lebensbedarf werden aus dem Sozialfond Mietzinszahlungen (Verhinderung von Delogierungen), Unterstützung für Heizung und Strom, Reparaturen und andere Hilfeleistungen beglichen. Soziale Verantwortung ist für die KPÖ kein Schlagwort. Wir haben erkannt, dass schöne Worte zuwenig sind, wenn man etwas verändern möchte. Wir helfen, wo wir können und machen gleichzeitig Vorschläge für mehr soziale Gerechtigkeit und für die Umverteilung von oben nach unten. Wir wissen, dass es nicht leicht ist, diese Vorschläge auch durchzusetzen. Das geht nur, wenn viele Menschen gemeinsam handeln.



# Die KPÖ-Steiermark steht für:

## Energiepolitik

- Rückkauf der Energie Steiermark AG, damit das Land die Preisgestaltung wieder selbst bestimmen kann.
- Senkung der überhöhten Gas- und Stromtarife durch Einrichtung des Steiermark-Tarifes.
- Transparente Stromrechnungen durch die Anbieter
- Umweltverträglichkeitsprüfung für das Kohlekraftwerk Voitsberg
- Nutzung der Abwärme beim Gaskraftwerk Mellach und anderen Großbetrieben zur Fernwärmeversorgung

## Wirtschaftspolitik

- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit für Männer und Frauen
- Keine Wirtschaftsförderung für Betriebe, die Frauen und Männern ungleichen Lohn für gleiche Arbeit zahlen
- Einrichtung überbetrieblicher Lehrwerkstätten, um Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen
- Betriebe, die trotz guter Gewinnlage Beschäftigte abbauen oder Standorte auflassen, müssen Subventionen zurückzahlen oder das Land im selben Ausmaß beteiligen.
- Keine Förderungen für Betriebe, die BetriebsrätInnen Steine in den Weg legen
- Keine Wirtschaftsförderung ohne Einhaltung der Beschäftigungsgarantien
- Rückführung der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand.

## Kinderbetreuung

- Verpflichtende Einrichtung von Betriebskindergärten bei Großbetrieben
- Ausbau von Kinderkrippen für unter dreijährige Kinder
- Ausweitung des Gratiskindergartens auf Kinderkrippen
- Aufstockung des Personals in der Kinderbetreuung
- Geschlechtssensible Pädagogik in Kinderbetreuungseinrichtungen als Schwerpunkt verankern

## Sozialpolitik

- Zurückdrängen prekärer Beschäftigungsverhältnisse
- Löhne, von denen man leben kann
- Umsetzung der Beschlüsse zur Einführung eines Sozialpasses, mit dem einkommensschwachen BürgerInnen der Zugang zu Sozialleistungen erleichtert wird
- Abschaffung der Regelung, dass Unterhaltsverpflichtungen einzuklagen sind, bevor Anspruch auf Sozialhilfe besteht.
- Kampf für Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung

## Reform der Landespolitik

- Der lähmende Proporz von der Landesregierung bis zum Schuldirektorenposten muss endgültig abgeschafft werden
- Keine Privatisierung und kein Verkauf von Landesvermögen
- Reduzierung der Gehälter von PolitikerInnen, keine versteckte Parteienfinanzierung über Beratungs- und Consultingunternehmen
- Alle Beschlüsse der Landesregierung sollen veröffentlicht werden
- Der volkswirtschaftlich unsinnige Maastricht-Vertrag und der darauf beruhende Österreichische Stabilitätspakt ist treibende Kraft bei Liberalisierungs- und Ausgliederungsprojekten. Um kurzfristig die Bilanzen zu schönen und Vertragsverletzungsverfahren wird beispielsweise Infrastruktur zunächst um hunderte Millionen Euro an Kapitalgesellschaften verkauft und dann überteuert zurückgemietet. Daher fordern wir ein Aussetzen von Maastricht bzw. dem innerösterreichischen Stabilitätspakt.
- Verbot von Finanzspekulation mit öffentlichen Geldern.
- Sicherung und Stärkung des öffentlichen Eigentums
- Gründung einer Steiermark-Holding zum Erwerb von langfristigen Beteiligungen an Unternehmen mit Standorten in der Steiermark
- Keine Auslagerungen von weiteren

Teilen der öffentlichen Verwaltung in Kapitalgesellschaften

- Auflösung der KAGES und Rückführung und Unterstellung der steirischen Spitäler unter die demokratische Kontrolle des Landtages
- Keine Privatisierung der Wasserversorgung des öffentlichen Verkehrs und der Wirtschaftsbetriebe der Landeshauptstadt und Kommunen
- Schluss mit prekären Beschäftigungsverhältnissen im öffentlichen Bereich

## Wohnungspolitik

- Die Wohnbeihilfe soll in Zukunft an die Inflation angepasst werden
- Ausbau des öffentlichen Wohnbaus z.B. durch Gemeindewohnungen auf Kasernengrund
- Schluss mit der Plünderung der Wohnbauförderungsmittel – mit diesen Geldern sollen Wohnbau- und Sanierungsprogramme finanziert werden

## Verkehrspolitik

- Finanzierung des Verkehrsverbundes durch eine Nahverkehrsabgabe der Unternehmen
- Keine Einstellung von Bahnverbindungen in andere Landeshauptstädte
- Kein vierspuriger Ausbau der S36/S37
- Ausbau des S-Bahnnetzes in der Obersteiermark
- Keine Ausdünnung von viel benutzten Busverbindungen und Nebenbahnen im ländlichen Raum
- Wiedereinführung der Freifahrt für SchülerInnen, Lehrlinge und Studierenden

## Regionalplanung

- Die weitere Ausdünnung der Infrastruktur im ländlichen Raum aufhalten
- Keine Genehmigung weiterer Einkaufszentren auf der grünen Wiese zu Lasten der Nahversorgung. Die Abgaben für bestehende Einkaufs-

zentren müssen angehoben werden.

- Einführung einer ökologisch sinnvollen Flächenversiegelungsabgabe
- Maßnahmen gegen die weitere Zersiedelung der Steiermark
- Einführung einer Abgabe auf Umwidmungsgewinne, um Grundstücksspekulationen einen Riegel vorzuschieben
- Keine Agrarfabriken in der Nähe von bewohnten Gebieten
- Transparente und demokratische regionale Kooperationen

## Pflege

- Öffentliche Mittel für die Unterbringung in einer Pflegeeinrichtung müssen mittelfristig auf öffentliche und gemeinnützige Heimträger beschränkt werden, um in Zukunft auszuschließen, dass öffentliche Gelder zur Subventionierung privater Gewinne verwendet werden.
- Im Pflegeheimgesetz sind Einzelzimmer als Unterbringungsstandard vorzusehen
- Anhebung des Pflegegeschlüssels auf Wiener Niveau zur Verbesserung der Betreuungsqualität und Entlastung des Personals
- Die Entlohnung des Pflegepersonals soll in der Steiermark flächendeckend zumindest dem BAGS-Kollektivvertrag entsprechen
- Ausbau mobiler Pflegeleistungen
- Regelmäßige Kontrolle aller erbrachten Pflegeleistungen

## Glücksspiel

- Verbot des so genannten „kleinen Glücksspiels“ in seiner derzeitigen Form
- Ausbau der Beratung für Spielsüchtige und SchuldnerInnen
- Ausbau der behördlichen Überwachung des „kleinen Glücksspiels“
- Aufklärungskampagnen an allen steirischen Schulen über die Gefahren der Spielsucht

## Gesundheit

- Abschaffung der Höchstbeitragsgrundlage bei der Krankenversicherung, um das Defizit der Kranken-

kassen zu beseitigen. Die Deckelung der Krankenkassenbeiträge in Österreich ist eine absurde und anachronistische Form der Umverteilung von unten nach oben!

- Eintreibung der Außenstände der Unternehmen bei den Krankenkassen
- Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum, insbesondere die regionalen Krankenhäuser und Gesundheitszentren
- Aufwertung und Ausbau der Schulkinderuntersuchungen mit möglichen Therapien über den Schularzt (Ergo-, Physio-, Logotherapie, usw. ).
- Ausweitung der im Rahmen der Gesundheitsuntersuchung angebotenen Leistungen, und Forcieren der Prävention im Gesundheitsbereich
- Verbesserte Ausbildung des Personals im niedergelassenen Bereich (nach deutschem Vorbild – vom Hilfsdienst zum Beruf)
- Flächendeckender Dienst von niedergelassenen Ärzten (auch von Fachärzten) in den Bezirken und abgestimmte Öffnungszeiten der Vertragsärzte .
- Anschaffung des Spitalsselbstbetriebes bei mitversicherten Angehörigen

## Bildung

- Fitmachen der Landesschulen für die Ganztagschule
- Gemeinsame Schule für alle bis vierzehn
- Förderung auch anwendungsferner Grundlagenforschung durch das Land
- Aktive Unterstützung der steirischen Universitäten durch die Landespolitik

## Kultur

- Kultur darf in der Steiermark nicht dem Tourismus untergeordnet werden. Es gilt, einen demokratischen Zugang zu Kunst und Kultur zu schaffen.
- Unabhängige Kulturinitiativen in allen Bezirken sollen vom Land unterstützt werden.
- Gerechte und transparente Förderpolitik.
- Schutz und Bewahrung unwieder-

bringlicher Kulturgüter durch Bereitstellung ausreichender Mittel für Revitalisierung und Restaurierung und Ausbau der Museen und Archive

## Umweltpolitik

- Ausbau des öffentlichen Verkehrs
- Ausbau und Förderung erneuerbarer Energieträger
- Förderung der thermischen Sanierung von Wohnhäusern
- Verminderung der Feinstaubbelastung im Grazer Becken durch bauliche und verkehrspolitische Maßnahmen
- Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag
- Keine Gentechnik in Lebensmitteln und Saatgut

## Netzpolitik

- Schutz der Privatsphäre vor staatlicher und kommerzieller Datenschnüffelei
- Ausbau des Einsatzes von Open-Source-Software im öffentlichen Sektor

**Herr Bürgermeister!**

**Frau Vizebürgermeisterin!**

## Sollen bald Bankmanager Müll- und Kanalgebühren bestimmen?

**NEIN zum Ausverkauf der Stadt !**

ELKE KAHR  
**KPÖ**  
www.kpoe-graz.at